



PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEME IN AFRIKA

Berichte der Friedrich-Ebert-Stiftung

MALI

POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IN MALI

Klaus-Peter Treydte, FES Mali
Abdourhamane Dicko
Salabary Doumbia

Juli 2005

Warum diese Berichte?

Politische Parteien sind unverzichtbare Akteure eines repräsentativen demokratischen Systems. Um ihre Funktionen erfüllen zu können, müssen Parteien in ein funktionierendes Parteiensystem eingebettet sein. Während zur Arbeit politischer Parteien und den Parteiensystemen in konsolidierten westlichen Demokratien zahlreiche Studien existieren, ist dies für die Länder Sub-Sahara-Afrikas nicht der Fall. Verlässliche Informationen liegen, wenn überhaupt, nur sehr verstreut vor. Sie sind außerdem meist nicht sehr detailliert, häufig nicht aktuell und beschränken sich zudem üblicherweise auf das formale Regelwerk, ohne auf die tatsächlichen Abläufe einzugehen.

Dabei sind detaillierte Informationen zu den politischen Systemen Sub-Sahara-Afrikas heute notwendiger denn je. Die „dritte Welle der Demokratisierung“ (Samuel P. Huntington 1993) hat seit 1990 auch den afrikanischen Kontinent erreicht. In den meisten Ländern wurden Mehrparteiensysteme geschaffen und demokratische Wahlen abgehalten. Seitdem befinden sich diese Länder in mühsamen politischen Transitionsprozessen, deren Ergebnisse noch offen sind. Für ein besseres Verständnis und eine präzisere Einschätzung des Verlaufs und des gegenwärtigen Standes dieser Transitionsprozesse fehlen oft detaillierte Informationen. Indem die Berichte dieser Reihe die historische Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen nachzeichnen sowie die aktuelle Situation in den Ländern Sub-Sahara-Afrikas darstellen, tragen sie dazu bei, diese Informationslücke zu schließen. Aufgrund des thematischen Fokus auf Parteien konnten alternative Akteure der Demokratisierung nur am Rande berücksichtigt werden.

Aufgrund der jahrzehntelangen Präsenz in vielen Ländern Sub-Sahara-Afrikas und der kontinuierlichen Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in diesen Ländern, verfügen die MitarbeiterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung über detaillierte Kenntnisse der historischen Entstehung von Parteien und Parteiensysteme in den jeweiligen Ländern. Diese werden in den Länderberichten der Reihe „Parteien und Parteiensysteme in Afrika“ gebündelt präsentiert. Es liegen Berichte zu den folgenden Ländern vor:

- Angola
- Äthiopien
- Benin
- Botswana
- Côte d'Ivoire
- Ghana
- Kamerun
- Kenia
- Madagaskar
- Mali
- Mauritius
- Mosambik
- Namibia
- Nigeria
- Sambia
- Senegal
- Simbabwe
- Südafrika
- Tansania
- Uganda

POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IN MALI

Inhaltsverzeichnis

I. GESCHICHTE UND STRUKTUR DES MEHRPARTEIENSYSTEMS

1. Historische Genese
2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Mehrparteiensystems in ihrer aktuellen Form
3. Institutionen des Mehrparteiensystems
4. Richtlinien, Fördereinrichtungen und Sanktionsformen

II. DIE PARTEIEN

1. Überblick über die wichtigsten Parteien
2. Die Parteien in der Einzeldarstellung

III. DIE PARTEIEN IM PARLAMENT

1. Darstellung des politischen Systems und des Wahlsystems
2. Die Parteien in der Einzeldarstellung

IV. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES MEHRPARTEIENSYSTEMS UND DER PARTEIEN

1. Demokratietest
2. Programmatiktest
3. Relevanztest

V. AUSBLICK

POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IN MALI

Klaus-Peter Treydte, FES Mali

Abdourhamane Dicko

Salabary Doumbia

Juli 2005

I. GESCHICHTE UND STRUKTUR DES MEHRPARTEIENSYSTEMS

1. Historische Genese

Wer sich heute im frankophonen Afrika rechts und links umschaute, sieht in den Staaten Elfenbeinküste, Togo, Guinea-Conakry, Mali, Burkina Faso, Benin, Tschad, Niger, Gabun, Zentralafrikanische Republik Glanz und Elend einer „hinkenden politischen Transformation“, die sich „Entkolonialisierung“ nannte, die aber seit rund einem halben Jahrhundert nicht recht vom Fleck kam. Frankreich gewährte seinen Kolonien in Afrika nach dem 2. Weltkrieg die Unabhängigkeit – aber anders als in Vietnam ohne Befreiungskampf (mit Ausnahme von Algerien) – und band sie in eine Communauté Française ein: einen Staatenbund, in dem die neuen Staaten formal unabhängig wurden, politisch, wirtschaftlich und sozial hingegen am Tropf der alten Kolonialmacht hingen. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Begleiterscheinungen dieser neuen Unabhängigkeit waren:

- Erbschaft des präsidentiellen Systems;
- Elitenbildung nach dem Muster der Entfremdung (die Füße in Afrika, den Kopf in Paris) „Schwarze Haut, weiße Seele“ (Frantz Fanon);
- Fester Wechselkurs FCFA/FF/Euro – strukturelle Überbewertung;
- Jacobinische Grundidee des Staates;
- Prätoriantertum in der Machtausübung;

- Wirtschaftliche Abhängigkeit von der früheren Metropole Paris;
- Verzerrte Export- und Importstrukturen;
- Defizite im Governance-Bereich: Misswirtschaft, Korruption;
- Demokratisches Defizit.

Mali wurde am 22. September 1960 unabhängig, und verfolgte unter der politischen Führung Modibo Keitas eine „rupturistische Linie“ in den Beziehungen zu Frankreich:

- Ablehnung der Fortführung einer prioritären militärischen Kooperation mit Frankreich;
- Ausstieg aus der FCFA-Zone und Schaffung einer eigenen Währung: des Franc Malien (1962);
- Wirtschaftspolitik à la Sowjetunion mit zentraler Planung, Verstaatlichung und technisch-wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der UdSSR und Rot-China.

Wie kam es dazu? Wer heute das Syndrom Françafrique begreifen will, muss zur „Konferenz in Brazzaville“ 1944 zurückgehen, auf der Charles de Gaulle die französischen Kolonien dazu brachte, sich für die Befreiung Frankreichs vom deutschen Faschismus einzusetzen und dabei schwarze afrikanische Staatsbürger einzubinden. Als Gegenzug räumte er den afrikanischen Kolonien – Kolonialherren und Kolonisierten – eine größere Teilhabe an politischen Entscheidungen ein, nicht jedoch gerade heraus die Unabhängigkeit. Die französische Verfas-

sung vom 27. Oktober 1946 (die IV. Republik) billigte den afrikanischen Völkern dann tatsächlich gewisse politische Rechte zu: politische Grundrechte, Meinungsfreiheit, Streikrechte und das Recht auf Gründung von Gewerkschaften, das Recht auf Gründung von politischen Parteien und politische Aufstiegschancen innerhalb des französischen Systems der Territorialverwaltungen und in der Metropole. Das war die Zeit, in der die Parteien und Gewerkschaften entstanden und die großen politischen Führer der Unabhängigkeit, wie Modibo Keita, Sékou Touré, Ouezzin Coulibally, Mamadou Konaté, Léopold Sédar Senghor, Félix Houphouët-Boigny, um einige zu nennen, ihren politischen Aufstieg machten. Das von Gaston Defferes eingeleitete „Rahmengesetz“ (Loi-Cadre) von 1956 ermöglichte diesen Führern politischen Aufstieg innerhalb bestimmter halb-autonomer Formen der Territorialverwaltung.

Zwei politische Denkmuster entwickelten sich im westlichen Afrika zu dieser Zeit:

- Zum einen ein „evolutiver“ Strang schrittweiser Unabhängigkeit, vertreten durch Lamine Gueye (Senegal), Fily Dabo Cissoko (Mali) und einer radikaleren Linie, vertreten durch Modibo Keita, Senghor, Sékou Touré, Mamadou Dia und Mamadou Konaté.
- Der zweite Denkstrang in dieser Zeit drehte sich um die Frage der Einheit des französischsprachigen Territoriums in Westafrika. Hier gab es zum einen die These der „Föderalisten“, die das Gebiet des Afrique Occidentale Française (AOF) als Einheit sahen, das zur Unabhängigkeit und zur „afrikanischen Einheit“ geführt werden sollte (Modibo Keita, Senghor) und die Gruppe der „Anti-Föderalisten“, die für die Unabhängig-

keit der einzelnen Territorien plädierten, darunter Houphouët-Boigny, der Führer der RDA der Elfenbeinküste, der am weitesten entwickelten Region Westafrikas, der die Elfenbeinküste nicht zur „Milchkuh der Region Westafrika“ verkommen lassen wollte. Modibo Keita und Senghor widersetzten sich zu dieser Zeit der „Balkanisierung“ Westafrikas, wie Senghor sich ausdrückte, und Modibo Keita strebte schon damals die Afrikanische Einheit an, in Anlehnung an das große mittelalterliche Reich „Ghana“ des Kankan Moussa im malischen Sudan, das von Mauretania, Senegal, Mali bis hin nach Niger reichte, und das für Kwame Nkrumah dann den verheißungsvollen Namen für den neu entstandenen Staat Goldküste abgab.

Das Verfassungsangebot de Gaulles vom 28. September 1958 war allerdings dann nüchterner ausgefallen: entweder die Bevölkerungen sprachen sich für die Communauté im de Gaulles'schen Sinne aus oder dagegen. Verhandlungen waren mit de Gaulle nicht zu machen.

Frankreich behielt die Schlüsselrolle in den Territorien mit der Hoheit für:

- Außenpolitik,
- Verteidigung und Sicherheit,
- Wirtschaftspolitik und
- Währungs- und Finanzpolitik.

Die Aspekte der Territorialverwaltung würden in die Hände der politischen Elite der Afrikaner gegeben.

Sékou Touré in Guinea lehnte dieses Angebot rundherum ab, die Bevölkerung Guineas stimmte mit „nein“.

Die Malier stimmten zu 97% für das Referendum. Modibo Keita hatte 3 Gründe, die Bevölkerung zur Zustimmung aufzurufen:

1. Er befürchtete im Falle eines „nein“ das Eingreifen der französischen Armee, die auf der Seite der Partei PSP (Parti Soudanais du Progrès), einer eher bürgerlichen „Händler-Partei“, stand.
2. Die US/RDA (Union Soudanaise/Rassemblement Démocratique Africain) war noch schwach in der Organisation und Modibo Keita wollte kein riskantes politisches Spiel eingehen und die Partei für einen anti-kolonialen Kampf mit unsicherem Ausgang opfern.
3. Er glaubte, daß in der Communauté Française eine „afrikanische Einheit“ leichter zu erreichen wäre, weil viele afrikanische Staaten dann gleiche oder ähnliche Berührungspunkte hätten.

Es kam dann aber anders. Houphouët-Boigny ging mit der Elfenbeinküste seinen eigenen Weg der Staatsgründung, Guinea schied ganz aus. Ober-Volta und Dahomey entschieden sich nicht und Mauretanien beobachtete die Entwicklung unbeteiligt. Es blieben also nur Mali und Senegal übrig, die eine „Sudanesische Föderation Mali“ schlossen, die allerdings sehr kurzlebig war. Keita wollte bereits eine Einheit Partei/Staat umsetzen und wollte dabei Sékou Touré mit im „ideologischen“ Boot haben. Senghor und Dia waren für einen gemäßigeren Weg und wollten die Zustimmung Frankreichs einholen. Als Senghor und Dia merkten, dass ihnen die politische Basis im Senegal durch die Radikalität Keitas wegbrechen könnte, stellten sie schlicht und ergreifend die mali-schen Führer in der Nacht vom 19. auf den 20. September 1960 anlässlich einer politischen Abstimmungssitzung in Dakar unter Hausarrest und bewerkstelligten damit einen unblutigen Staatsstreich. Der Senegal

erklärte sich am 20 September 1960 für unabhängig, Mali zwei Tage später.

Modibo Keita wurde Malis erster Präsident, versuchte eine Integration anderer politischer Parteien in die Regierungspartei US-RDA zu einer Art Nationalen Front und etabliert so ein Einparteiensystem, das bis 1967 herrschte. Die theoretisch anspruchsvolle Entwicklungspolitik (mit Bildung und Gesundheit als Prioritäten) mit sozialistischen Vorzeichen (Nationalisierung, Vergenossenschaftlichung des Agrarsektors, konsumgenossenschaftliche Organisation im Verteilungssektor, Staatsbetrieb für die Infrastruktur, monetär gesteuerte Wachstumspolitik und Verteilungspolitik) konnte sich makro- und mikroökonomisch nie stabilisieren. Geldentwertung, Versorgungsengpässe, Nahrungsmittelknappheit, Schwarzmarkt auf allen Güter- und Faktormärkten und Korruption waren die lehrbuchartig eintretenden Folgen. 1967 kehrte Mali unter „Diktat-Bedingungen“ in die Franc-Zone zurück. Paris führte im Gegenzug für die garantierte Währungsstabilität und für den Kapitalzufluss praktisch wieder das Handelsmonopol der alten französischen Handelsgesellschaften ein. Die Versorgungslage wurde aber für weite Teile der Bevölkerung nicht besser. Innerhalb der US-RDA ergab sich eine Radikalisierung, indem 1967 der Parteivorstand aufgelöst wurde und ein Nationaler Rat zur Verteidigung der Revolution (CNRD) eingeführt wurde, der nach dem Muster der chinesischen Kulturrevolution politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen herbeiführen wollte: Milizen, Gesinnungspolizei, Schwarze Listen – ein Arsenal totalitärer Instrumente entwickelte sich kurzzeitig und Präsident Modibo Keita war bereits nicht mehr in der Lage, die Entwicklung zu steuern. Im November 1968

stürzte eine Gruppe Offiziere um Moussa Traoré das Regime Keita.

Nach einer 6-jährigen Übergangsphase wurde 1974 in einem Verfassungsreferendum eine II. Republik unter Moussa Traoré eingeführt, die zwar wirtschaftspolitisch nicht sozialistisch war, aber ebenfalls das Einparteien-/Staatparteien-Modell in der Form der UDPM (Union Démocratique du Peuple Malien) weiterführte. Wirtschaftspolitisch bereinigte das Regime Moussa Traoré einige sozialistische Extreme, blieb aber im Wesentlichen bei einem „staatskapitalistischen System“ großer unproduktiver Unternehmungen und Bürokratien. Gleichzeitig baute das Militär als „korporatistische Einheit“ den Staat zu einem „Selbstbedienungsladen“ für Offiziere um:

- Korruption, Pfründenwirtschaft, Land- und Villenakkumulation für die militärische „In-Group“ – im Volksmund: „*FMI – Famille Moussa et Intimes*“;
- über Monate ausbleibende Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten, Hunger und Elend in den gleichzeitig von den großen Sahel-Trockenheitsperioden betroffenen ländlichen Bevölkerungskreisen.
- Wirtschaftlich und sozial ging es in Mali auch unter Moussa Traoré abwärts.

Die politische Abwärtsbewegung Malis und das wirtschafts- und entwicklungspolitische Scheitern des Regimes Moussa Traoré wurde durch drei von außen kommende Elemente verstärkt und beschleunigt:

- Durch die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des IWF, die ab 1988 dem Militärregime eine Sparpolitik verordneten.
- Durch die Umorientierung der französischen Außenpolitik unter Mitterrand,

der anlässlich Treffens der afrikanischen Staatsschefs in Baule im Juni 1990 Demokratiefortschritte im frankophonen Afrika einforderte und französische Hilfe von Demokratisierungserfolgen abhängig machte; und

- Durch den Zusammenbruch des Sowjetreiches, den Fall der Berliner Mauer und damit den Wegfall politischer Renten durch ideologisches Wechselwählertum im internationalen Konzert.

Konsequenterweise kritisierte Moussa Traoré Mitterrands Demarche als unafrikanisch und als Einmischung in innere Angelegenheiten. Es war aber schon zu spät. Arbeiter und Staatsfunktionäre demonstrierten für die Auszahlung ausstehender Löhne und Gehälter, Studenten und Rechtsanwälte für die Einhaltung der Menschenrechte, Frauen für Ernährung und Gesundheit. Das Regime reagiert mit Militäraktionen im Januar und März 1991, bei denen auf nicht bewaffnete Demonstranten geschossen wurde. Vom 25. auf den 26. März 1991 kam es zu einem Massaker mit mehr als 100 Toten in der Innenstadt Bamakos; am Abend wurde Moussa Traoré durch den Lieutenant-Colonel Amadou Toumani Touré abgesetzt. Ein Übergangskomitee für das Wohl des Volkes (CTSP – Comité de Transition pour le Salut du Peuple) konstituierte sich, regelte den Übergang und berief eine Nationale Konferenz ein, die eine neue Verfassung für eine „III. Republik“ ausarbeiten sollte. Die Nationale Konferenz tagte vom 29. Juli bis zum 12. August 1991 und legte tatsächlich die Basis für ein modernes demokratisches pluralistisches Mali:

- Entwurf einer Verfassung, verabschiedet am 12. Februar 1992 mit allen Elementen einer modernen Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Rechtspre-

chung einschließlich eines Verfassungsgerichtshofs und einer Versammlung von Gemeinden und Regionen;

- Erarbeitung eines neuen Wahlgesetzes und einer Aufsichts-/Durchführungsbehörde für transparente Wahlen;
- Charta der politischen Parteien, Erarbeitung eines Oppositionsstatuts und öffentliche Finanzierung politischer Parteien.

2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Mehrparteiensystems in ihrer aktuellen Form

Bei der Erarbeitung der malischen Verfassung stand die Vorerfahrung Benins Pate. Auch wenn weite Teile des Präsidentialismus an die V. Republik Frankreichs angelehnt sind, so enthält die neue malische Verfassung einige innovative Aspekte:

- Ein Verfassungsgerichtshof wacht über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung und die Durchführung durch die Exekutive.
- Ein Hoher Rat der Gemeinden und Regionen wird eingerichtet, der nicht nur dekorativ sondern der beratend/exekutiv die Dezentralisierung in Staat und Gesellschaft begleiten soll.
- Die Einrichtung eines Obersten Gerichtshofs stärkt die Unabhängigkeit der Rechtsprechung.
- Der Präsident ist gehalten, vor Amtsantritt öffentlich seine persönliche Vermögenssituation darzulegen.
- Laizität des Staates, Mehrparteiensystem und republikanische Staatsform können nicht durch Verfassungsänderung abgeschafft werden.

3. Institutionen des Mehrparteiensystems

Das Innenministerium (Ministerium für die Territorialverwaltung und Gemeinden) ist mit der Registrierung der politischen Parteien beauftragt. Der Antrag einer Partei wird geprüft, dem zuständigen Präfekten zur Adressenprüfung zugeschickt und, wenn alles in Ordnung ist, bekommt die Partei innerhalb von 2 Wochen eine Bescheinigung (récépissé) der Anerkennung. Das Innenministerium ist auch im weiteren Sinne für die gesamte technische und inhaltliche Abwicklung von Wahlen zuständig (Erstellung der Wählerlisten, Abhaltung von Volksbefragungen oder Referenden, Einsammlung und datentechnische Aufbereitung der Ergebnisse von Wahlen, Verkündung des vorläufigen Ergebnisse von Wahlen und Zustellung der Abstimmungsunterlagen aus den Wahlbüros an den Verfassungsgerichtshof und zentrale Archivierung aller Wahlunterlagen).

Seit 1997 gibt es noch zusätzlich eine „Unabhängige Wahlkommission“ CENI (Gesetz Nr.97/008 vom 14. Januar 1997; ergänzt und modifizierte durch Gesetz Nr. 02/007 vom 12. Februar 2002 und durch Gesetz Nr. 04-012 vom 30. Januar 2004) zur Sicherstellung der Transparenz von Wahlen. Sie überprüft:

- Die Korrektur der Wählerlisten vor den Wahlen;
- Herstellung der Wählerlisten;
- Erstellung und Druck der Wahlausweise;
- Organisation der Wahlunterlagen;
- Kontrolle der Wahlkampagnen (Code of Conduct, Fairness etc.);
- Ad-hoc Vollmachten für Stimmabgabe;
- Kontrolle der Stimmabgabe;
- Auswertung der Stimmen im Wahllokal, Datenerfassung, Zentralisierung und Bekanntgabe der Ergebnisse.

Die Erfahrungen mit der unabhängigen Wahlkommission CENI anlässlich der Wahlen 1997 waren aber enttäuschend; tatsächlich führte die CENI mehr zu Chaos als zu größerer Transparenz. Die CENI-Wahlergebnisse wurden angezweifelt und daraus entwickelte sich eine lange innenpolitische Blockadesituation, die die zweite Amtszeit Konarés belastete. Daraus wurden die Konsequenzen für die Wahlen 2002 gezogen:

- Dem Innenministerium wurde wieder die administrative und technische Oberhoheit für die Durchführung der Wahlen gegeben;
- die CENI wurde in ihrem Aufgabenbereich zurückgeschraubt und hat nur noch die Aufgabe, die Wahlen in Ablauf, Neutralität und Transparenz zu kontrollieren;
- eine neue Generaldirektion für Wahlen sorgt für zuverlässige Wählerlisten, fälschungssichere Wahlausweise und finanziert in begrenztem Umfang die Beteiligung politischer Parteien an den Wahlen.

4. Richtlinien, Fördereinrichtungen und Sanktionsformen

Die Generaldelegation für Wahlen ist auch mit einer gewissen Grundfinanzierung der Parteien beauftragt. Zum ersten Mal in der Geschichte Malis wurden 50 Parteien im Jahre 2002 rund 1 Million Euro zur Verfügung gestellt. Diese Finanzierung hat in der Bevölkerung einen bitteren Beigeschmack gebracht. Man hat den Eindruck, dass sich Parteien konstituieren, um an Mittel zu kommen, aber nicht um Politik transparenter zu machen.

Titel 4, Artikel 22 und 23 der Parteiencharta fordern, dass sich die Parteien aus Mitgliedsbeiträgen, Vermögen und Veranstal-

tungen finanzieren und dass sie für ihre Einnahmen und Ausgaben geordnete Buchhaltungsregeln, Prozeduren und Kontrollen einhalten. Sie sind auch gehalten, zum 31. März eines jeden Jahres ihre Bücher der Abteilung Kontenprüfung des obersten Gerichtshofes vorzulegen. Tatsächlich werden aber nur fiktive Tabellen von Einnahmen und Ausgaben vorgelegt ohne Belege. Der zuständige Beamte im Innenministerium urteilt: „Nach der Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften durch die Parteien zu urteilen, dürfte keiner der malischen Parteien auch nur eine Centîme zustehen.“ Die am wenigsten umstrittene öffentliche Finanzierung der Parteien ist auch in Mali die Kostenübernahme für die Stimmzettel der politischen Parteien und deren Transport in die Wahllokale.

Nicht nur die Transparenz der Finanzen der Parteien ist defizitär, auch die innerparteiliche Demokratie selbst.

Artikel 34 des Gesetzes Nr. 00-045 vom 7. Juli 2000, das die öffentliche Finanzierung durch die Generaldirektion für Wahlen zum Inhalt hat, ist explizit und eindeutig:

- Regelmäßiger Nachweis von Wahlen in der Partei zur Erneuerung der Legitimität;
- die Partei muss einen neutralen Sitz haben, der nicht die Wohnung eines Mitglieds ist;
- die Partei muß ein ordentliches Konto bei einer malischen Bank haben;
- ein jährliches Inventarverzeichnis und eine jährliche Bilanz vorweisen;
- und die Herkunft der Mittel effizient nachweisen.

Kurz: die Vorschriften sind relativ klar und einfach – aber niemand hält sich daran.

Bei einer empirischen Untersuchung von April bis Juli 2004 des Projekts zur Förderung der politischen Parteien, finanziert vom „Niederländischen Mehrparteien-Institut“, kam eine ernüchternde Bilanz heraus: Von den 94 offiziell registrierten Parteien konnten nur 63 tatsächlich ausgemacht werden; 11 konnten räumlich verortet, aber nicht identifiziert werden. 20 wurden überhaupt nicht aufgefunden. Die politischen Parteien haben auch keine Vorstellung ihrer Mitglieder. Die alte Partei PSP gibt unumwunden zu, dass es unmöglich ist, die Anzahl der Mitglieder der Partei zu bestimmen, weil es einfach keine Listen in den Ortsvereinen gibt.

Innerparteiliche Demokratie ist in der traditionellen Umgebung der malischen Gesellschaft schwierig umzusetzen. Der junge Mann gibt dem Patriarchen keine Widerworte, die Frau spricht nicht in der Öffentlichkeit, der Älteste hat das letzte Wort. Malische Parteien sind das Produkt von Patriarchen, die eine Klientel von Gleichgesinnten um sich scharen. Häufig gibt es nur eine Führungspersönlichkeit und die Partei ist eine kleine Gruppe von Eingeschworenen um einen Mann oder eine Idee. Die Theorie hat das Bild der Taxi- oder Telefonkabinen-Partei formuliert: alle Mitglieder der Partei gehen in eine Taxi oder in eine Telefonkabine. Innerparteiliche Demokratie kann ohne eine gewisse Breiten- oder Massenbasis nicht praktiziert werden. Unterschiedliche Auffassungen führen zu einer Spaltung. Führte der äußere Druck unter dem Militärregime Moussa Traorés die Kritiker und Andersdenkenden, die Innovatoren und Ideologen zusammen, so setzte mit der Demokratie auch ein fast natürlicher Zerfallsprozeß der großen politischen Blöcke ein: bei der A-DEMA, beim CNID, bei der US-RDA und bei der UDPM (siehe Charakterisierung unten).

Dazu kommt das Phänomen der politischen Transhumance: ein Abgeordneter findet wenig Widerstand bei sich und bei anderen, während einer Legislaturperiode die Fronten oder Parteien zu wechseln. Entsprechend wechselhaft ist auch das Wählerverhalten.

II. DIE PARTEIEN

1. Überblick über die wichtigsten Parteien

Bei der relativ einfachen und unkomplizierten Registrierung und bei der geringen Kontroll- oder Monitoring-Möglichkeit oder Willigkeit der zuständigen Behörden ist es leicht verständlich, weshalb es nach dem Sturz Moussa Traorés eine Explosion in der Parteienlandschaft gab. Nach rund 30 Jahren Einparteienherrschaft unterschiedlicher Prägung war es mehr als verständlich, seine politische Überzeugung ungefiltert zum Ausdruck bringen zu wollen. Die Parteiengründungen waren spontan, elementar und Ausdruck eines existenziellen Bedürfnisses. Die Parteiengründungen fanden aber nicht in einem amorphen Raum statt.

Es war oben gezeigt worden, dass sich seit den 50er Jahren politische Parteien in Mali gebildet hatten.

- Sie waren mehr bürgerlich und händlerorientiert wie die PSP.
- Oder sie zielten auf eine radikale Unabhängigkeit mit neuen ideologischen Horizonten: US-RDA.

In den 80er Jahren kamen durch den Kontakt mit Europa, USA, Kanada, Polen etc. neue Vorstellungen dazu. Wer heute in Mali in der politischen Führung ist, ist deshalb fast zwangsläufig durch sämtliche Formen gegangen. Entsprechend komplex ist das politische Profil eines jeden Spitzenpolitikers.

Konaré kommt aus einer US-RDA Familie, war zum Studium in Polen, war eine Zeitlang Jugendminister in einem Kabinett Moussa Traorés, gründete eine Kulturkooperative und wurde Parteiführer einer sozialdemokratischen Partei. Moussa Balla Coulibaly war Planungskommissar unter Modibo Keita und Unternehmer bei Moussa Traoré, Parteiführer der UDD – einer Nachfolgerin der aufgelösten UDPM – und ist heute Präsident des Wirtschafts- und Sozialrats.

Wenn man heute das Parteienspektrum grob fassen wollte, könnte man 6 Strömungen ausmachen:

- a) Reste der alten PSP, wobei es schwierig ist, sie in ihrer Dimension zu erfassen;
- b) Restgrößen der US-RDA, wobei nach dem Zerfall der Referenzmarke Moskau die ideologische Größe eher unbestimmt ist. Möglicherweise ist die US-RDA nur noch eine afrikanische Traditionspartei.
- c) Parteien der entstanden Mittelklasse, Bildung, Auslandserfahrung, Bürgerrechte (CNID);
- d) Sozialdemokratische Strömung ADEMA in Spaltung und möglicherweise Fusion wieder begriffen: ADEMA, RPM, URD, Parena;
- e) Reste des Moussa Traoré Erbes: UDD und MPR (Choguel Maiga);
- f) Und schließlich ein „unpolitisches“ Potential der Bevölkerung, das den „zivilgesellschaftlichen“ Präsidenten Amadou Toumani Touré gegen das Spektrum der politischen Parteien an die Macht gewählt hat.

2. Die Parteien in der Einzeldarstellung

Im Folgenden werden die 13 wichtigsten politischen Parteien Malis aus einer Grundgesamtheit von 63 Parteien in Stichworten dargestellt. Manche, im Rampenlicht stehenden Parteien werden dabei etwas stärker

berücksichtigt als andere. Die Anordnung ist nach dem Datum der Zulassung in der III. Republik: Siegel, Zulassungsdatum, Bedeutung/Kommentar.

Union pour la Démocratie et le Développement (UDD; seit 24.04.1991)

Die Union pour la Démocratie et le Développement ist eine Auffangpartei des politischen Erbes Moussa Traorés. Der jetzige Vorsitzende Me Hassan Barry war einer der beiden Jugendsekretäre der Einheitspartei UDPM Moussa Traorés. Eine ideologisch-politische Zuordnung ist schwierig, aber man geht nicht fehl, wenn man die UDD den „Wirtschaftsflügel“ der alten Einheitspartei nennen würde. Maitre Hassan Barry wurde in der 2. Amtszeit Konarés Minister für die politischen Parteien und für die Beziehungen zu den Institutionen der Verfassung und leistete (in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung) einen wichtigen Beitrag zum Abbau der innenpolitischen Blockadesituation durch die radikale Opposition COPPO und trug dadurch schließlich zur Ermöglichung transparenter Kommunalwahlen 98/99 bei.

Union Soudanaise du Rassemblement Démocratique Africain (US-RDA; seit 27.04.1991)

Die Union Soudanaise du Rassemblement Démocratique Africain ist die alte Unabhängigkeitspartei im frankophonen Afrika. In Mali unter Modibo Keita entwickelte sie sich in die radikal-sozialistische Richtung (in der Elfenbeinküste unter Houphouët-Boigny in eine post-koloniale, liberale Richtung). Ehrenmitglied dieser Partei ist auch heute noch Mariam Travelé-Keita, die Witwe Modibo Keitas. Die Partei hat einen gewissen Stellenwert im kommunalpolitischen Bereich, auf Landesebene verfügt sie aber nur über einen Abgeordneten. Nach 1997 war die

US-RDA Teil der radikalen Oppositionsallianz COPPO gegen Konaré.

Parti pour la Solidarité et le Progrès (PSP; seit 18.05.1991)

Die Parti pour la Solidarité et le Progrès war in der Phase der Unabhängigkeitswerdung die „rechte“ Gegenspielerin zur US-RDA. Die Händler und bürgerlichen Kreise Malis blieben auf der Seite der Franzosen. In der ersten Zeit Modibo Keitas beteiligt sich die PSP auch an der Organisation der Kapitalflucht. In der III. Republik etablierte sich die Partei unter ihrem Vorsitzenden Oumar Hammadoun Dicko zunächst zu einer demokratischen Partei, schwenkte nach den Wahlen 1997 ins radikale Coppo-Lager ab und verspielte viel politisches Kapital. Sie stellt heute einige Bürgermeister und ist im Parlament mit 2 Abgeordneten vertreten.

Congrès National d'Initiative Démocratique – Faso Yiriwa Ton (CNID-FYT; seit 06.06.1991)

Der Congrès National d'Initiative Démocratique (CNID-Faso Yiriwa Ton) ist einer der beiden konstitutiven Sammlungspunkte der Demokratie- und Bürgerbewegungen gegen Moussa Traoré gewesen unter dem damals jungen Anwalt Mountaga Tall. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte eine Zeit lang die Arbeit dieser Initiative, die Rechtsanwälte, Menschenrechtler und andere Multiplikatoren politisch zusammenbrachte. Aus dieser Initiative löste sich dann 1995 eine Gruppe und gründete die PARENA, die zweite sozialdemokratische Partei Malis. Der CNID konnte sich in den Parlamentswahlen 1997 nicht durchsetzen und schwenkte ins radikale Coppo-Lager. Heute ist Me Mountaga Tall erster Vizepräsident der Nationalversammlung. Der CNID hat 13 Abgeordnete.

Alliance pour la Démocratie – Parti Africain pour la Solidarité et la Justice (ADEMA/PASJ; seit 06.06.1991)

Die Alliance pour la Démocratie – Parti Africain pour la Solidarité et la Justice ist ein breites Sammelbecken politischer Meinungen und Multiplikatoren bereits vor dem Sturz Moussa Traorés gewesen. Da Parteien verboten waren, gründete sich die Partei zunächst nach dem Vereinsrecht als Association/Allianz. Drei Wurzeln oder Strömungen kamen zusammen: man unterschied Konaristen (Flügel der verbotenen Parti Malien du Travail), den „IBK“-Klan aus der US-RDA gespeist und den CMDT-Flügel, die sogenannten Associanisten, die Reformen in der alten Moussa Traoré-Staatsverwaltung einbringen wollten. Unumstritten war der Vorsitz Konarés in der Partei bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten 1992 und Wiederwahl 1997. Die 2. Führungsgruppe kämpfte um Hegemonien und da innerparteiliche Wahlprozesse nie transparent abliefen, drohte jeden Tag die Spaltung und musste jede Woche auf unterschiedlichen Ebenen Aussöhnungsveranstaltungen organisiert werden (Fraktion der Nationalversammlung, Partei etc.). Auf dem ordentlichen Parteitag 1999 trug der IBK-Klan den Führungssieg davon und IBK betrachtete sich als der natürliche Nachfolgekandidat Konarés auf die Präsidentschaft 2002. Seitdem soll Konaré an der Demontage IBKs gearbeitet haben. Tatsächlich ist die ADEMA/PASJ über die Präsidentschaftskandidaturen 2002 auseinandergefallen: IBK bildete den RPM, Soumalia Cissé gründete die URD und die ADEMA unter Dioncounda Traoré unterstützte schließlich ATT. Ob die Gruppen wieder zu einer Allianz zusammenfinden, ist offen. Die ADEMA/PASJ ist Vollmitglied der Sozialistischen Internationale.

Bloc pour la Démocratie et l'Intégration Africaine – Faso Jigi (BDIA-Faso Jigi; seit 01.04.1993)

Der Bloc pour la Démocratie et l'Intégration Africaine – Faso Jigi ist eine Abspaltung aus der US-RDA. Der Block schloß sich 1997 der radikalen COPPO-Allianz an. 2002 unterstützte diese Partei ATT. Sie ist mit 3 Abgeordneten im Parlament vertreten und verfügt insgesamt über 187 Stadtratsmandate im ganzen Land.

Parti pour la Renaissance Nationale (PARENA; 13.10.1993)

Die Parti pour la Renaissance Nationale ist eine Abspaltung aus dem CNID/FYT über die Frage der Radikalität der Opposition zur Präsidentschaft Konarés. CNID wollte sich von Konaré distanzieren, die „sozialdemokratischeren“ Politiker im CNID sahen dafür keine Voraussetzung und gründeten eine zweite sozialdemokratische Partei in der Form der PARENA. Die PARENA koalierte und bildete gemeinsame Kandidatenlisten mit der ADEMA und kam somit ins Parlament 1997. Im 2. Kabinett Konaré stellte sie den Justizminister in der Person von Me Hamidou Diabaté. Die PARENA arbeitet seit Jahren mit der Stiftung im gesellschafts- und dezentralisierungspolitischen Bereich zusammen. Mit 1000 kommunalen Mandatsträgern 1997/98 und rund 600 Mandatsträgern 2004 ist sie eine „Dezentralisierungspartei“. Auf nationalen Niveau ist ihre Position nicht so stark: sie hat nur 2 Abgeordnete. Ihr Vorsitzender ist der frühere Studentenführer Tiebelé Dramé, der im Übergangskabinett von ATT 1991 eine Zeitlang Außenminister Malis war und später im ersten Kabinett Konaré Minister für die Wüsten- und Steppengebiete Malis. Die PARENA sieht sich als zur SI zugehörig (Beobachterstatus).

Mouvement pour l'Indépendance, la Renaissance et l'Intégration Africaine (MIRIA; seit 16.12.1994)

Das Mouvement pour l'Indépendance, la Renaissance et l'Intégration Africaine ist eine Abspaltung der ADEMA, die auf die Unvereinbarkeit des Temperaments von Prof. Mohammed Lamine Traoré nach der Wahl Konarés zum Präsidenten mit der nachrückenden Gruppe zurückzuführen ist. Der MIRIA schlug sich nach 1997 auf die Seite der COPPO und beteiligt sich erst wieder an den Wahlen 2002, bekam aber keinen Parlamentssitz. Prof. Traoré unterstützte 2002 den Präsidentschaftskandidaten ATT und ist heute Erziehungsminister in der Regierung. Teile des MIRIA wanderten wieder in die ADEMA zurück.

Mouvement Patriotique pour le Renouveau (MPR; seit 16.01.1995)

Das Mouvement Patriotique pour le Renouveau ist das zweite politische Auffangbecken der UDPM. Sein Vorsitzender Choguel Maiga spielte eine Rolle als Coppo-Kristallisationspunkt nach der Parlamentswahl 97. Der MPR hat 4 Abgeordnete in der laufenden Legislaturperiode und Choguel Maiga selbst ist Industrieminister im aktuellen Kabinett.

Convention Démocrate Sociale (CDS; seit 26.01.1996)

Die Convention Démocrate Sociale ist eine liberale Partei unter der Führung von Mamadou B. Sangaré, dit Blaise. Der Parteiführer war wegen Unterschlagung von Mitteln der Rentenkasse rechtskräftig verurteilt worden, kann aber seine politischen Funktionen wieder wahrnehmen. Die Partei hat in der laufenden Legislaturperiode 4 Abgeordnete und hat ihre Gefolgschaft hauptsächlich in der Region Bougouni.

Bloc des Alternatives pour le Renouveau Africain (BARA; seit 08.12.1999)

Der Bloc des Alternatives pour le Renouveau Africain ist eine Abspaltung des Professors Yoro Diakité aus der Parena. Prof. Diakité behauptet von sich, die einzige glaubhafte Alternative zum Regime von ATT zu sein.

Rassemblement pour le Mali (RPM; seit 19.04.2001)

Als die unterschiedlichen Strömungen in der ADEMA den Weg Ibrahim Boubacar Keitas zu realen Chancen, eine Präsidentschaftswahl zu gewinnen, verbauten, trennte sich der Vorsitzende und ehemalige Premierminister von seiner Partei und gründete das sozialdemokratische Rassemblement pour le Mali. Tatsächlich ist der RPM die stärkste zusammenhängende politische Kraft Malis. Der RPM zählt in der aktuellen Legislaturperiode 46 Abgeordnete und 1590 kommunale Mandatsträger in den Wahlen 2004. Ibrahim Boubacar Keita ist Präsident der Nationalversammlung und ein Vizepräsident der Sozialistischen Internationalen. Er ist der politische Kandidat für die nächste Präsidentschaftswahl gegenüber dem „apolitischen“ Präsidenten/Kandidaten Amadou Toumani Touré.

Union pour la République et le Développement (URD; seit 25.06.2003)

Die Union pour la République et le Développement ist die zweite Abspaltung der Konaré-Hinterlassenschaft ADEMA/PASJ. Der ehemalige Finanzminister Konarés Soumalia Cissé wollte ebenfalls für die Präsidentschaft kandidieren, und kam auf den 2. Platz. Die ADEMA gab ihre Stimme statt Cissé an ATT, worauf Cissé die URD gründete. Die Partei ist insofern interessant, als sie gewissermaßen Stellvertreterfunktion hat: Da Cissé Ge-

neralsekretär der Regionalintegration UEMOA ist, kann er nicht gleichzeitig Parteivorsitzender einer nationalen Partei sein. Aus diesem Grunde fungiert der frühere Premierminister Younoussi Touré als Vorsitzender der Partei und der Parteivorsitzende Cissé erscheint nirgends in den Führungsgremien. 1500 kommunale Mandatsträger hat die Partei. Sie ist auch im Parlament vertreten.

III. DIE PARTEIEN IM PARLAMENT

1. Darstellung des politischen Systems und des Wahlsystems

Die Verfassung Malis sieht ein stark präsidentielles System nach dem Vorbild der französischen V. Republik vor. Die Nationalversammlung spielt im Machtgefüge Malis deutlich eine sekundäre Rolle. Zwar steht in der Verfassung, dass das Parlament die Regierung zu kontrollieren habe, doch die Realität sieht anders aus:

- Das Parlament ist ein Zustimmungsgorgan einer von der Regierung gesteuerten oder initiierten Gesetzesarbeit oder –maschinerie;
- Das Recht der Budgethoheit ist nur begrenzt umsetzbar, da das Budget der Regierung zu weiten Teilen aus internationalen Budgethilfen und sonstigen Transfers zusammengesetzt ist, die Teil internationaler langfristiger Verträge sind und wenig diskretionäre Intervention des Parlaments zulassen;
- Relativ kurze Sitzungsperioden mit langen Pausenintervallen in der Parlamentsarbeit bringt Diskontinuität und Ineffizienz mit sich;
- Die Ausschüsse sind nicht professionell besetzt und ihnen ist kein wissenschaftlicher Dienst oder Beratungsapparat sekundiert.

- Die Regierung wird vom Präsidenten bestellt, und das Parlament hat kein politisch wirksames Mißtrauensrecht. Minister sind dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig.
- Die Abgeordneten sind im Wesentlichen „Wahlkreis-Abgeordnete“, die kaum für globale, sektorbezogene oder grundsätzliche Fragen interessiert werden können.
- Die Funktion des Abgeordneten wird mehr als Honoratioren-Posten, denn als Herausforderung gesellschaftspolitischer Aufbauarbeit aufgefasst.

Die Wahlergebnisse im Parlament können gewissermaßen in drei Phasen interpretiert werden.

1. Phase: 1992 bis 1997 – Parlament als Ausdruck eines breiten pluralistischen Parteienspektrums.
2. Phase: 1997 bis 2002 – Parlamentszusammensetzung im Wesentlichen nicht Ausdruck von Wahlergebnissen, sondern Ausdruck von Selbstblockaden von politischen Parteien und Boykottumsetzungen.
3. Phase: 2002 – neue Pluralität um 3 große Fraktionen: *Alternance et Changement ACC*, bestehend aus PARENA, BDIA, RND US-RDA; *Espoir 2002*, bestehend aus RPM, MPR und CNID; Fraktion *Alliance pour la République et la Démocratie ARD*, bestehend aus ADEMA und 3 kleinen Fraktionen: URD/LJS (ex-SADI) Unabhängige; CDS/PDJ.

IV. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES MEHRPARTEIENSYSTEMS UND DER PARTEIEN

1. Demokratietest

Das Mehrparteiensystem in Mali, das sich seit 1991 in der 3. Republik etabliert hat, ist sicherlich ein demokratiepolitischer Fortschritt aber es sollte zugleich nicht mehr hinein interpretiert werden, als was es bis jetzt geleistet hat: der politischen pluralistischen Artikulation einen öffentlichen Raum zu schaffen. Mit lediglich etwas mehr als einer Dekade Existenz kann man noch nicht von einer gefestigten Parteiendemokratie sprechen. Selbst wenn einige Parteien auf eine gewisse Geschichte zurückblicken können (PSP, US-RDA), sind die meisten Parteien vorläufig noch ephemere, fragil und insgesamt noch nicht Ausdruck einer politischen Willensbildung in der Bevölkerung. Abspaltungen, Neugründungen und Wieder-Fusionen sind Ausdruck dieser Wechselhaftigkeit.

2. Programmatiktest

Nach dem Zerfall der sozialistisch-kommunistischen Ideologie ist die Programmorientierung aller Parteien ins Wanken gekommen. Kohärente, durchdachte Partei- oder Wahlprogramme gibt es nicht. Selbst der ADEMA als sozialdemokratische Partei gebricht es eines qualifizierten Programms. Was an Texten vorhanden ist, sind Bruch- und Versatzstücke von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen, die mehr Pamphlet- als Programmcharakter haben. Darüber hinaus ist der internationale Entwicklungsdiallog so dominierend, dass alle Parteien mehr oder weniger die Thesen von Weltbank, UNDP oder Europäischer Union als ihr Programm wiedergeben: Armutsbekämpfung, Good Governance, Bildung, Gesundheit, Globalisierung. Aber auch in der Programmatik sollte man die jungen Parteien nicht über Gebühr strapazieren und von ihnen mehr verlangen, als was die großen Entwicklungsapparate mit

ihren Stäben und Think Tanks auch nicht leisten.

3. Relevanztest

Unbestritten haben die politischen Parteien auch in Mali eine Relevanz für die Demokratiegestaltung im weiteren Sinne des Wortes. Demokratie nur mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, internationaler Kooperation, staatlichen und nicht-staatlichen Funktionsträgern, oder mit den Medien zu organisieren, erscheint weiterhin bruchstückhaft, wenn nicht unmöglich. Eine Gesellschaft braucht kontradiktorische Artikulationsformen, und die Parteien sind ein wichtiges Instrument in dieser Funktion. Sicherlich sind die aktuellen malischen Parteien noch weit von dem klassischen politologischen Funktionsmodell entfernt: Interessenartikulation, Bildung von Meinungsaggregaten und -integration, Mobilisierung und Elitenbildung für Management und Leadership in einem Staat. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist als politische Stiftung besonders beauftragt, an diesem spezifischen Aufgabenstrang der insgesamt breit angelegten allgemeinen Entwicklungspolitik mitzuarbeiten.

Die Partnerparteien der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali vom CNID über ADEMA, RPM, URD bis zu PARENA und ihren Fraktionen im Parlament sind dazu nur allzu gern bereit.

V. AUSBLICK

Mali steht nach 3 Legislaturperioden in Parlament und 3 Präsidentialperioden in der Exekutive erst am Anfang der Demokratieentwicklung. Die nächsten Wahlen 2006/2007 für Parlament und Präsidentialamt werden „NEPAD- oder Schicksals-Demokratiewahlen“ sein. Wird sich der amtierende Präsident Amadou Toumani Touré

mit einer „apolitischen“ Bürgerbewegung wieder durchsetzen oder gelingt es den politischen Parteien und ihren Kandidaten, ein „schärferes Demokratiebild“ herüberzubringen. Eines steht fest: ATT wird wieder kandidieren; er baut dabei zunehmend auf eine Remilitarisierung der Verwaltung und der Gesellschaft. Er hat bereits weite Teile der Territorialverwaltung in Militärhände gegeben. Die Militärs heute erscheinen in Zivil und man sieht einem Minister oder Gouverneur nicht an, dass er Militär ist. ATT gewann seine Wahl 2002 mit dem Stichwort des „Appaisement“, des „Herunterhängens von Gegensätzen“. Dafür ist die malische Gesellschaft sehr empfänglich. Tatsächlich aber brauchen Mali und Afrika insgesamt mehr Widerstreit der Ideen und Konzepte, mehr „Streitkultur“, mehr Wettbewerb, mehr „Arbeit der Zuspitzung“ in Exekutive und Legislative, um das Entwicklungsdefizit aufzuholen. Effizienz, Korruptionsbekämpfung, Entwicklung sind nur durch Aktion und Gegenaktion, durch Rede und Gegenrede, durch Erziehung zur politischen Verantwortlichkeit zu erzielen, nicht durch Konsensduselei.

Dokumentarischer Anhang

Anhang A: Ergebnisse zu den Parlamentswahlen

1992

Wahlbeteiligung 21,3%

ADEMA 48,4%; US-RDA 17,6%; CNID 5,6%; PDP 5,1%; RDP 4,4%; UDD 4,4%; RDT 3,8%; PMD 2,7%; PSP 1,7%; UFDP 1,6%; UMDD 0,4 %

1997

Wahlbeteiligung 21,6%

ADEMA 75,3% ; Sonstige 24,7%

2002

Sitzverteilung

RPM 46 Sitze; CNID 13 Sitze; MPR 4 Sitze; ADEMA 45 Sitze; SADI 6 Sitze; Unabhängige 6 Sitze; Auslandsmler 13 Sitze

Quelle: Elections in Africa; www.electionworld.org

Anhang B: Wahlergebnisse zu den Präsidentschaftswahlen

1992

1. Wahlgang

Wahlbeteiligung 23,6%

Alpha Oumar Konaré (ADEMA) 45,0%; Tiéoulé M. Konaté (US-RDA) 14,5%; Mountaga Tall (CNID) 11,4%;

Almamy Sylla (RDP) 9,4%; Baba A. Haidara (US-RDA) 7,0%; Idrisa Traoré (PDP) 7,1%;

Amadou A. Niangadou (RDT) 4,0%; Mamadou Diaby (PUDP) 2,2%; Bamba M. Diallo 2,0%

2. Wahlgang

Wahlbeteiligung 20,9%

Alpha Oumar Konaré 69,0%; Tiéoulé M. Konaté 31,0%

1997

1. Wahlgang

Wahlbeteiligung 29,0%

Alpha Oumar Konaré 84,4%; Mamadou M. Diaby (PUDP) 3,6%; Mountaga Tall (CNID) 1,8%;

Soumana Sacko (CPP) 1,8%; Choguel Maiga (MPR) 1,8%; Seydou B Kouyaté (US-RDA) 1,6% ...

Kein 2. Wahlgang

2002

1. Wahlgang

Wahlbeteiligung 36,8%

Amadou Toumani Touré 28,0%; Soumalia Cissé (ADEMA) 22,7%; Ibrahim Boubacar Keita (RPM) 20,7%;

4 weitere Kandidaten 28,6%

2. Wahlgang

Wahlbeteiligung 30,2%

Amadou Toumani Touré 64,4%; Soumalia Cissé 35,6%

Quelle: Elections in Africa; www.electionworld.org

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Sie ist eine private und gemeinnützige Institution und den Ideen der Sozialen Demokratie verpflichtet. Die Stiftung trägt den Namen des ersten demokratisch gewählten deutschen Staatspräsidenten, Friedrich Ebert, und führt sein Vermächtnis der politischen Gestaltung von Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit fort. Diesem Auftrag entspricht sie im In- und Ausland mit ihren Programmen zur Politischen Bildung, Internationalen Zusammenarbeit sowie Studienförderung und Forschung.

Die Internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert nachhaltige Entwicklung und Demokratie in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie dem Nahen Osten. Zusammen mit ihren Partnern, gesellschaftspolitischen Akteuren in über 100 Ländern, trägt sie dazu bei, dass in Zukunft:

- Demokratische Strukturen unter Einbeziehung möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen gesichert,
- Reformprozesse und Mechanismen eines friedlichen Interessenausgleichs gefördert sowie
- Globale Zukunftsstrategien gemeinsam gestaltet werden.

Gegenwärtig unterhält das Afrika-Referat der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Ländern südlich der Sahara 19 Büros mit 23 deutschen Mitarbeitern und ca. 180 Ortskräften. Darüber hinaus werden Projekte in 4 weiteren Ländern (Kapverden, Togo, Mauritius, DR Kongo) durchgeführt, die jeweils von einem angrenzenden Büro oder der Zentrale mitbetreut werden. Für diese Arbeit standen im Jahre 2005 ca. 12 Mio. € zur Verfügung.

Weitere Informationen sowie FES-Publikationen zu Afrika finden Sie auf unserer Homepage unter: <http://www.fes.de/international/afrika>.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Afrika
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Leiter: Dr. Werner Puschra
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel.: +49 228 883-576
Fax: +49 228 883-623